

Rede von Herrn Landrat Jochen Hagt
zur Einbringung des Entwurfs des Kreishaushaltes 2025-2026 des
Oberbergischen Kreises in der Kreistagssitzung am 31.10.2024
- Es gilt das gesprochene Wort! -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach nunmehr neunjähriger Amtszeit als Landrat des Oberbergischen Kreises darf ich heute zum letzten Mal einen Haushaltsentwurf – den für die Jahre 2025 und 2026 – einbringen. Einen Haushaltsentwurf, der die besonderen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, widerspiegelt. Bereits bei der Haushaltseinbringung vor zwei Jahren – im Herbst 2022 – habe ich auf die **Vielzahl der Krisen** und Unsicherheiten hingewiesen. Die Nachwirkungen von Corona-Pandemie, Energiekrise und Inflation zeigen sich auch heute noch. Der Krieg in der Ukraine beherrscht nach wie vor die Schlagzeilen und der Nahost-Konflikt ist wieder aktueller denn je. Auch die Flüchtlingskrise ist alles andere als bewältigt, sondern weitet sich vielmehr auch auf sicherheitsrelevante Themen aus.

Und die sich seinerzeit anbahnende Wirtschaftskrise hat sich verfestigt, die Bundesregierung erwartet auch für dieses Jahr ein Schrumpfen der deutschen Wirtschaft und hat die Konjunkturprognose vor wenigen Wochen deutlich nach unten korrigiert. Ob wir uns in einer Phase der Stagnation oder bereits in einer Rezession befinden, darüber streiten sich die Experten. Fakt ist jedoch, dass die **wirtschaftliche Entwicklung** weit hinter den Erwartungen zurückbleibt – und das ist kein oberbergisches Phänomen, sondern maßgeblich auf bundespolitische Entscheidungen zurückzuführen.

Der drohende Verlust der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist eine direkte Folge einer konzeptlosen und widersprüchlichen Struktur- und Wirtschaftspolitik auf Bundesebene. Maßnahmen, die den Mittelstand stützen sollten, fehlen – stattdessen sehen wir steigende Bürokratie und Belastungen, die den Unternehmen und den Kommunen gleichermaßen die Luft zum Atmen nehmen. Der Begriff „Made in Germany“, einst Synonym für wirtschaftlichen Erfolg und Innovation, verliert an Strahlkraft. Es ist kein Geheimnis, dass unser Geschäftsmodell, wie wir es über Jahrzehnte kannten, ins Stocken geraten ist. Dies hat tiefgreifende Auswirkungen, nicht nur auf die Einnahmesituation der Unternehmen, sondern auch auf die öffentliche Hand, insbesondere die Kommunen und Kreise.

Hinzu kommen **dramatische Kostensteigerungen** in nahezu allen Bereichen. Die explodierenden Energiekosten, steigenden Lebenshaltungskosten und wachsenden Sozialausgaben stellen uns vor enorme finanzielle Herausforderungen. Ich verweise insofern auch nur auf eine Zahl, die die Situation in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt beschreibt: Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes sind die Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII in der Bundesrepublik im Jahr 2023 um 18 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies zeigt klar, dass die Belastungen im Sozialbereich rapide zunehmen.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass es die Kreise – nicht die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind, die den überwiegenden Teil der **Sozialausgaben** tragen. Jede neue Wohltat, die von der Bundes- oder Landesregierung beschlossen wird, belastet letztlich die Kreise bzw.

kreisfreien Städte, die diese Maßnahmen – je nach Erstattungsanteil des Bundes – finanzieren müssen.

Ein markantes Beispiel ist die Einführung des Bürgergeldes im Januar 2023, die für viele Menschen sicherlich vorteilhaft war – für die Kreise und Kommunen aber ein finanzielles Desaster ist. Die Bundesregierung hat uns mit steigenden Kosten für Freigrenzen und Karenzzeiten alleingelassen, während sie sich selbst als sozialpolitischen Vorreiter feiert. Hinzu kommen die erheblichen Erhöhungen der Regelsätze in den Jahren 2023 und 2024 mit jeweils etwa 12 % Steigerung zum Vorjahr. Gleiches gilt für die Unterstützung von Flüchtlingen. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs sind tausende Flüchtlinge aus der Ukraine in den Oberbergischen Kreis gekommen. Viele von ihnen sind auf Sozialleistungen angewiesen – und erhalten von Anfang an Bürgergeld. Diese Aufgabe erfordert nicht nur erhebliche finanzielle Mittel, sondern auch personelle Ressourcen.

Die Beschlüsse zu notwendigen überplanmäßigen Aufwendungen im Bereich der Jugendhilfe und im Bereich des Sozialtats verdeutlichen diese Entwicklung auch auf Kreisebene. Ich darf daran noch einmal erinnern: im Juni dieses Jahres haben wir für den Jugendhilfebereich 12,8 Mio. Euro nachbewilligt, im August und Oktober dieses Jahres haben wir für den Sozialetat noch einmal insgesamt 9,9 Mio. Euro nachbewilligt. Das sind keine Einzelfälle, sondern sie zeigen, dass der finanzielle Druck auf den Kreis erheblich ist.

Vor dieser Gemengelage ist es unsere Aufgabe, einen Haushalt aufzustellen. Dies ist regelmäßig ein Balanceakt: Nicht nur bei der genauen Planung der einzelnen Haushaltspositionen, sondern auch mit

Blick auf die **Auswirkungen auf die kreisangehörigen Kommunen**. In den zurückliegenden Jahren ist es stets gelungen, den Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage sukzessive zu senken. Das bedeutet, dass die Kommunen alljährlich einen prozentual größeren Anteil an den Einnahmen behalten durften, die sich aus Gewerbesteuer, Grundsteuer, Umsatzsteuer und Einkommenssteuer zusammensetzen. Dies war stets ein wichtiges Anliegen, um unsere Kommunen zu entlasten und gleichzeitig die Entwicklung des Kreises voranzutreiben. Von dem über ein Jahrzehnt lang eingeschlagenen Kurs müssen wir nun jedoch abweichen, denn die Zeiten haben sich geändert.

Natürlich ist mir bewusst, dass die Erhöhung der Kreisumlage eine Belastung für die Kommunen darstellt, die ebenfalls mit steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen zu kämpfen haben. Doch ohne eine Anpassung der Umlage werden wir die drängenden Aufgaben und gesetzlichen Verpflichtungen nicht erfüllen können.

Daher ist es mir wichtig, an dieser Stelle deutlich hervorzuheben, dass wir nicht nur Teile des Eigenkapitals des Kreises verzehren, sondern **alle Instrumente nutzen**, die das geltende Haushaltsrecht bietet, um die Kommunen finanziell größtmöglich zu entlasten. So sieht der Haushaltsentwurf vor, dass wir – abweichend von der bisherigen Beschlusslage des Kreistages – die Ausgleichsrücklage vollständig im Zeitraum 2025-2026 auflösen werden. Selbst den „Sockelbetrag“ der Ausgleichsrücklage, der nach einem Grundsatzbeschluss des Kreistages grundsätzlich in der Bilanz des Kreises ausgewiesen werden sollte, werden wir zur Senkung der Umlagelast der Kommunen in den nächsten Jahren einsetzen.

Außerdem wollen wir die corona- und ukrainekriegsbedingten finanziellen Nachteile mit einem Gesamtbetrag von rd. 6,9 Mio. Euro *nicht* kreisumlagebelastend über 50 Jahre abschreiben, sondern komplett und unmittelbar über die Allgemeine Rücklage ausbuchen. Auch hierdurch reduziert sich in 2025 zusätzlich unser Eigenkapital.

Schließlich setzen wir für den Personaletat einen globalen Minderaufwand in Höhe von 2 % der Aufwendungen an, um auch hier – durch personalwirtschaftliche Maßnahmen wie verzögerte Stellenwiederbesetzungen und angesichts des Fachkräftemangels – Einsparungen zu erzielen. Ab dem Jahr 2027, das können Sie der mittelfristigen Planung entnehmen, wollen wir zudem mit dem neuen Instrument des Verlustvortrages arbeiten.

Und so kreativ diese Instrumente auch sein mögen, wir haben bei der Aufstellung des Haushaltes sämtliche Ansätze wieder und wieder in besonderer Weise hinterfragt und im Zweifel auch gekürzt. Wohlwissend, dass hierdurch das Risiko, in den kommenden zwei Jahren überplanmäßig Mittel bereitstellen zu müssen, stark ansteigt. Dass die Kommunen unsere Bemühungen anerkennen, hat sich schon bei der Einleitung des Benehmensverfahrens gezeigt. Gemeinsam haben wir festgestellt, dass wir alle in einem Boot sitzen und die Situation mit Blick auf die Rahmenbedingungen, die Bund und Land bieten, für uns alle angespannt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bevor ich auf die wesentlichen Haushaltsansätze eingehe, möchte ich betonen, dass die vorliegenden Zahlen und Hebesätze den **aktuellen Stand** widerspiegeln. Wir haben stets betont, bei möglichen

Verbesserungen durch neue Daten des Landes NRW oder des Landschaftsverbandes Rheinland in gebotener Weise zu reagieren und Anpassungen vorzunehmen. Dies gelingt uns übrigens erfahrungsgemäß auch, wenn wir einen Doppelhaushalt beschließen.

Die jüngst übermittelten Orientierungsdaten des Landes deuten auf höhere Steigerungen bei den Umlagegrundlagen hin, als ursprünglich erwartet. Wenngleich diese Entwicklung ausgesprochen zweifelhaft ist, werden wir diese Daten wie gewohnt übernehmen. Dies hat zur Folge, dass die Hebesätze der Allgemeinen Kreisumlage mittelfristig in den Jahren 2026 bis 2029 um etwa 1,1 bis 1,8 Prozentpunkte sinken. Allerdings werden sich parallel dazu aus den gleichen Gründen auch Verschlechterungen bei der LVR-Umlage ergeben.

Ich möchte betonen, dass selbst die zuständige Ministerin auf die Unsicherheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung hinweist. Risiken aus der Übernahme der Orientierungsdaten werden voraussichtlich den Oberbergischen Kreis belasten. Dennoch hoffe ich, dass wir durch die vollständige Übernahme der Daten einen ähnlichen Beitrag zur Stabilisierung der Kreisumlage leisten, wie wir es bereits mit dem Einsatz von Instrumenten wie Verlustvorträgen und globalem Minderaufwand machen. Aber: Insofern – und das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen – birgt die gemeindefreundliche Konzeption des Haushalts deutliche Risiken.

Nun möchte ich Ihnen gerne aufzeigen, welche **Schwerpunktsetzungen** der Haushalt enthält und **welche Herausforderungen** der Oberbergische Kreis in den nächsten zwei Jahren bewältigen muss. Meiner Meinung nach ist der Haushaltsentwurf mehr als ein reines Zahlenwerk. Er

verdeutlicht die wichtigen Säulen unseres Handelns: Pflichtaufgaben wahrnehmen und die Zukunft des Oberbergischen Kreises gestalten.

Trotz der schwierigen finanziellen Lage ist es wichtig, dass wir nicht den Fehler machen, ausschließlich auf Konsolidierung zu setzen. Öffentliche Verwaltungen haben die Verantwortung, nicht nur kurzfristig ausgeglichen zu wirtschaften, sondern auch den gesetzlichen Auftrag, für die **Zukunft** der Region zu sorgen. **Investitionen** in Bereichen wie Gesundheit, Sicherheit, Infrastruktur, Ehrenamt oder Digitalisierung schaffen langfristig die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt. Wir müssen weiterhin in die Zukunft des Oberbergischen Kreises investieren, um den Wirtschaftsstandort Oberberg zu stärken und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Im Folgenden ein Zusammenschnitt der für mich wichtigsten Themen:
– ohne Anspruch auf Vollständigkeit –

(Flüchtlingssituation)

Die Flüchtlingssituation stellt die kommunale Ebene weiterhin vor erhebliche Herausforderungen, die in den vergangenen Jahren immer komplexer und vielschichtiger geworden sind. Die globale Instabilität verschärft sich, was Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt zeigen – auch bei uns in Europa. Im Oberbergischen Kreis wohnen derzeit über 4.800 Flüchtlinge alleine aus der **Ukraine** (Stand: 01.10.2024). Alleine seit Beginn des Jahres 2024 ist die Zahl der aus der Ukraine geflüchteten und hier lebenden Personen um knapp 15 % gestiegen. Bemerkenswert aus meiner Sicht dabei, dass die Zahl der Minderjährigen aber nur um etwa 10 %, die Zahl der männlichen Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren allerdings um knapp 28 % gestiegen ist. Die Zahl der Ukrainerinnen und

Ukrainer in Arbeit ist dabei im europäischen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich, die Zahl der Bürgergeldempfänger entsprechend hoch. Es stellt sich die Frage, ob die bisherige Regelung auch für die Zukunft beibehalten werden kann, oder ob die Sonderregeln für Menschen aus der Ukraine – so wie es der Präsident des Deutschen Landkreistages (der Kollege Achim Brötel) zu Recht fordert – bei der Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus der Ukraine für die Zukunft abgeschafft werden müssen.

Zusätzlich zu den Flüchtlingen aus der Ukraine sind aber auch die Flüchtlingszahlen aus **anderen Herkunftsstaaten** weiter angestiegen. Momentan werden insgesamt gut 6.000 Akten von Personen, die in laufenden oder bereits abgeschlossenen Asylverfahren sind, geführt – und damit halten sich aktuell immer noch mehr Flüchtlinge aus anderen Herkunftsstaaten im Oberbergischen Kreis auf, als dies Ende 2016 zu Hochzeiten der Flüchtlingskrise der Fall war.

Mit der steigenden Zahl von Flüchtlingen sind auch erhebliche zusätzliche **Kosten** verbunden, insbesondere die steigenden Bedarfe für Unterkünfte, Verpflegung und medizinische Versorgung. Es kann nicht sein, dass der Bund weiterhin ungesteuerte Migration zulässt, ohne für eine ausreichende Finanzierung und Infrastruktur zu sorgen. Während in Berlin Entscheidungen getroffen werden, die internationale Schlagzeilen machen, bleiben die Kreise und Kommunen auf den Kosten für Unterkünfte, Integration und Sozialleistungen sitzen.

Auch im Bereich der Kinderbetreuung spüren wir die steigenden Anforderungen. Viele der Flüchtlingsfamilien haben Kinder, die einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz in einer KiTa haben. Die Plätze in unseren Einrichtungen sind jedoch begrenzt und die personellen Kapazitäten reichen insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels bei

Weitem nicht aus, um der hohen Nachfrage gerecht zu werden. Die Bundes- und Landesregierung hält gerne Sonntagsreden über Humanität und Solidarität, überlässt aber uns vor Ort die praktische Bewältigung der Flüchtlingskrise – finanziell und logistisch. Das ist eine Politik der leeren Versprechen.

Spätestens seit den Verbrechen in **Solingen** ist außerdem nochmal deutlich geworden, dass Personen, die durch Straftaten oder Regelverstöße auf sich aufmerksam machen, ein weiteres Problem darstellen. Auch wenn sich die Mehrheit der Flüchtlinge an die Gesetze hält, mehren sich die Fälle, in denen Personen durch zum Teil schwerkriminelles Verhalten – oft islamistisch motiviert – auffallen oder die jede Mitwirkung in unseren zu komplizierten Verfahren im Rahmen des Aufenthaltsrechts verweigern. Insofern danke ich an dieser Stelle ausdrücklich unseren Kolleginnen und Kollegen im Ausländeramt für ihre engagierte Arbeit. Vielfach werden Ausländerbehörden kritisiert, wenn Abschiebungen – insbesondere von potentiellen Gefährdern – nicht gelingen. Für die Ausländerbehörde des Oberbergischen Kreises darf ich jedoch sagen, dass Abschiebungen nicht am Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter scheitern, sondern an den gesetzlichen Regelungen, die zu befolgen sind. Will man mehr Abschiebungen, muss man auch die entsprechenden Gesetze ändern. Sonst funktioniert das nicht.

Aber eines ist auch klar: Abschiebungen können immer nur Einzelfälle regeln. Eine wirksame Begrenzung der illegalen Migration wird nur durch eine Beschränkung der Einreise an den Grenzen erreicht.

((Öffentliche) Sicherheit)

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat für den Oberbergischen Kreis höchste Priorität. Wir können mit Stolz sagen, dass der Oberbergische Kreis der **sicherste Landkreis** in Nordrhein-Westfalen ist. Dieser Erfolg ist auch das Ergebnis einer jahrelangen, intensiven Zusammenarbeit zwischen Kreisverwaltung, Kreispolizeibehörde und den Kommunen im Rahmen der **Ordnungspartnerschaft**. Gleichzeitig dürfen wir allerdings nicht die Augen vor den Herausforderungen verschließen, die sich in auch in unserer Region stellen, denn auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger im Oberbergischen Kreis muss weiterhin gestärkt werden. Wichtig ist daher die sichtbare Präsenz von Ordnungskräften in der Öffentlichkeit. Der Kreis unterstützt deshalb die Kommunen gerne beim weiteren Ausbau des kommunalen Ordnungsdienstes.

Ein weiterer zentraler Baustein ist in diesem Zusammenhang der **Bevölkerungs- und Katastrophenschutz**. Der Oberbergische Kreis hat sich in den letzten Jahren intensiv mit der Vorbereitung auf Notlagen auseinandergesetzt – seien es Starkregenereignisse oder auch Stromausfallszenarien. Mit der Erarbeitung und Beschlussfassung des Katastrophenschutzbedarfsplans wird der Katastrophenschutz im Oberbergischen Kreis weiter gestärkt. Der Plan zeigt, dass wir bereits über umfangreiche Konzepte verfügen und in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle übernehmen. Der Plan zeigt allerdings auch, dass in den kommenden Jahren wichtige Investitionen geplant sind, darunter die Anschaffung eines zweiten Waldbrandlöschfahrzeugs oder einer Hochleistungspumpe für Hochwasserereignisse. Außerdem wird die Erneuerung der Einsatzleitsoftware für die Feuer- und Rettungsleitstelle vorangetrieben, um die Einsatzfähigkeit weiter zu stärken. Durch diese

Maßnahmen tragen wir maßgeblich zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bei, denn es liegt in unserer Verantwortung, unsere Bevölkerung auch weiterhin bestmöglich zu schützen und schnelle Hilfe zu gewährleisten.

Doch nicht nur die *öffentliche* Sicherheit, sondern auch die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Verwaltung selbst sind elementar. Gerade in Krisensituationen hat sich gezeigt, wie wichtig die Resilienz unserer Verwaltungsstrukturen ist. Die Digitalisierung und der **Schutz vor Cyberangriffen** stehen dabei im Fokus, um auch in Ausnahmesituationen handlungsfähig zu bleiben. Auch hierzu nur eine Zahl: Nach Schätzungen von Sicherheitsexperten werden täglich rd. ¼ Mio. neuer Schadprogramm-Varianten auf den Markt gespült.

(Digitalisierung)

Doch die Digitalisierung umfasst nicht nur die Informationssicherheit, sondern auch digitale Verwaltungsleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Digitale Möglichkeiten werden bei uns bereits seit vielen Jahren genutzt und so sind insgesamt über 150 verschiedene Fachverfahren im Einsatz. Eine Herausforderung ist es jedoch, die einzelnen Fachverfahren zu verbinden, um digital miteinander zu arbeiten. Dies gelingt – trotz zahlreicher externer Einflüsse, von denen Verwaltungen abhängig sind – immer besser und so können bereits jetzt viele Dienstleistungen im Oberbergischen Kreis online beantragt und abgewickelt werden, beispielsweise vereinfachte Baugenehmigungsverfahren, die Begleichung von Rechnungen oder die Kfz-Zulassung.

In diesem Zusammenhang ist zum jetzigen Zeitpunkt allerdings auch festzuhalten, dass bspw. die digitale Kfz-Zulassung für die Bürgerinnen

und Bürger durchaus eine Erleichterung darstellen kann – für das Straßenverkehrsamt aber leider nicht mit weniger Arbeit verbunden ist. Und so werden die gesetzlich reduzierten Gebühren für Online-Zulassungen dazu führen, dass bei gleichbleibendem Personaleinsatz geringere Gebühreneinnahmen erzielt werden.

Selbstverständlich arbeiten wir dennoch weiter intensiv daran, unser digitales Angebot noch deutlich auszubauen, um Prozesse zu vereinfachen und sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch perspektivisch unsere Verwaltung zu entlasten.

(Gesundheit und Pflege)

Abseits des digitalen Bürgerservices ist auch die Gesundheit und Pflege der Bürgerinnen und Bürger im Oberbergischen Kreis ein zentrales Anliegen unserer Arbeit. Mit einer alternden Bevölkerung und den steigenden Anforderungen an das Gesundheitssystem stehen wir vor großen Herausforderungen, die wir nur durch eine gemeinsame, nachhaltige Strategie bewältigen können. In den vergangenen Jahren haben wir wichtige Schritte unternommen, um die Gesundheitsversorgung in unserer Region zukunftssicher zu gestalten.

So haben wir neben der konsequenten Weiterentwicklung der Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (**AGewiS**) auch den Bau und Ausbau von Rettungswachen forciert und konnten bereits einige Fortschritte in der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans erzielen. Für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung ist unsere Beteiligung an der **MVZ Oberberg** GmbH ein wichtiger Baustein. Auch hier sollen weitere Schritte folgen, um dem wachsenden Ärztemangel im ländlichen Raum entgegenzuwirken.

Darüber hinaus profitieren wir – wie im Stellenplan ersichtlich – von den Mitteln des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Den Pakt nutzen wir auch, um unser Erfolgsprojekt **OBERBERG_FAIRsorgt** zu verstetigen und fortlaufend weiterzuentwickeln. Diese Initiativen sind Teil unserer Bewerbung als **Gesundheitsregion** NRW und damit wesentlicher Bestandteil, um nicht nur die Gesundheitsinfrastruktur im Kreis stärken, sondern auch den Standort Oberberg attraktiv für Bürgerinnen und Bürger, Fachkräfte und Unternehmen zu machen.

Basis unserer stationären Versorgung sind und bleiben unsere sehr leistungsfähigen Kreiskrankenhäuser. Hier danke ich Ihnen – meine Damen und Herren – ganz besonders für die Unterstützung im vergangenen Jahr.

(Mobilität)

Für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger sowie für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region ist die Mobilität ein entscheidender Faktor.

Mit unserem integrierten **Mobilitätskonzept**, welches im kommenden Jahr final veröffentlicht wird, möchten wir in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Kommunen und vielfältigen Akteuren die Mobilität für die Zukunft nachhaltig, nutzerorientiert und bürgerfreundlich gestalten und uns frühzeitig mit neuen Entwicklungen auseinandersetzen. Denn auch in diesem Bereich stehen zahlreiche Herausforderungen bevor, angefangen bei der Einführung von Wasserstoffbussen bei der OVAG, um den immensen umweltrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden. Aber auch bei der Umsetzung des Nahverkehrsplans, die sowohl finanzielle als auch personelle Grenzen aufzeigt. Wir werden uns nicht alles Wünschenswerte leisten können.

Klimawandel(anpassung)

Dass mit dem Klimawandel eine weitere Krise allgegenwärtig ist, wurde erst vor kurzem wieder beim Blick auf Süddeutschland und unsere Nachbarländer spürbar. Extreme Wetterereignisse, wie Starkregen, Hitzeperioden und Stürme, nehmen zu und stellen uns vor neue Herausforderungen.

Um den **Hochwasserschutz** im Oberbergischen Kreis weiter zu verbessern, arbeiten wir intensiv an einem Starkregenisikomanagement und kooperieren mit benachbarten Kreisen im Rahmen der *Überflutungsvorsorge an Agger und Wupper*. Doch auch die steigenden Schäden durch Hitzesommer erfordern eine klare Strategie. Hier arbeiten wir eng mit allen Kommunen an einem interkommunalen Klimaanpassungskonzept, um die Resilienz des Kreises zu stärken und unsere Bevölkerung sowie die Natur zu schützen.

Im Rahmen der Stärkung der Resilienz ist auch die **Energieversorgung** ein zentrales Thema. Die sogenannte Energiewende wirkt vor allem als Kostenlawine – auch für die öffentliche Hand. Die Akzeptanz für die Vorgaben schwindet vielfach. Daher haben wir gemeinsam mit den 13 Kommunen beispielsweise einen Handlungsleitfaden für Freiflächen-Photovoltaikanlagen entwickelt, um eine konfliktarme Umsetzung zu fördern. Dieser Leitfaden wird uns dabei helfen, die Energieversorgung nicht nur klimafreundlicher, sondern gemeinsam mit weiteren Maßnahmen, wie der Beteiligung des Kreises an der AggerEnergie, auch sicherer zu gestalten und Wertschöpfung vor Ort zu halten.

(Sozialetat)

Die erheblichen Belastungen und Kostensteigerungen im Sozialbereich, die überwiegend durch äußere Faktoren beeinflusst werden, habe ich bereits zu Beginn erwähnt. Fakt ist: Die Sozialausgaben explodieren – und das nicht, weil wir die Lage vor Ort nicht im Griff haben, sondern weil uns immer neue Lasten aufgebürdet werden. Ob Bürgergeld oder gestiegene Standards in der Pflege: Der Bund bestellt die Musik, doch zahlen müssen wir.

(Jugendhilfe)

Auch in der Jugendhilfe zeigen sich die Auswirkungen gesetzlicher Änderungen und der Flüchtlingssituation. Zudem werden die Problemlagen von Kindern, Jugendlichen und Familien zunehmend komplexer und die entsprechenden Hilfen deutlich teurer. Besonders im Bereich der **Eingliederungshilfen** steigt die Zahl der Fälle und auch der Aufwand pro Fall nimmt spürbar zu. Die Schulen und Familien sind auf unsere Unterstützung angewiesen, was sich auch in der erhöhten Nachfrage nach Schulbegleitungen zeigt. Auch die **Kindertagesbetreuung** bleibt weiterhin eine zentrale Herausforderung, bei der wir feststellen müssen, dass zusätzliche finanzielle Mittel für den Bau und die Erweiterung von Kitas oft nicht ausreichen.

(Bildung)

Mit Blick auf die Probleme in der Jugendhilfe wird deutlich, dass das große Thema „Bildung“ schon bei der **frühkindlichen Bildung** beginnt. Gute und bedarfsgerechte Bildungsangebote sind entscheidend für die Lebensqualität in unserer Region und ein wichtiger Standortfaktor. Um dies zu gewährleisten, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen und Bereichen erforderlich, besonders bei

den Übergängen zwischen Kita und Schule sowie **Schule und Beruf**. Unter dem Dach des Bildungsnetzwerks Oberberg haben wir in den letzten Jahren Strukturen geschaffen und gezielte Unterstützungsangebote entwickelt. Schwerpunkte sind hier die frühkindliche Bildung, Sprachförderung oder MINT- und Medienkompetenzen.

Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen, wie Digitalisierung, Ganztagsbetreuung und der Förderung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen, stehen wir vor neuen Herausforderungen. Der Oberbergische Kreis trägt als Träger der **Berufskollegs und Förderschulen** eine besondere Verantwortung. Ein wichtiges Projekt ist hier die Planung einer dritten Förderschule mit dem Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“ und auch unsere Berufskollegs bleiben zentral für die Ausbildung junger Menschen und die Fachkräftesicherung in der Region. Die fortschreitende Digitalisierung erfordert zusätzliche Anstrengungen, um Schulen beispielsweise in der Entwicklung von IT- und Medienkompetenzen zu unterstützen.

(Wirtschaftsstandort optimieren)

All diese Bildungsinitiativen bilden den Grundstein dafür, den Oberbergischen Kreis als Wirtschaftsstandort nachhaltig zu optimieren. Wie eingangs erläutert, ist die wirtschaftliche Lage Deutschlands angespannt. Die Verunsicherung bei den Unternehmen aufgrund der unklaren und inkonsequenten Bundespolitik ist deutlich wahrzunehmen. Uns allen muss heute klar sein, dass diese Lage kein alleiniges „Problem der Unternehmen“ selbst ist. Vielmehr bildet die allgemeine wirtschaftliche Situation die Grundlage für finanziell starke und damit leistungsfähige Kommunen und damit auch für die Lebensqualität der Menschen im Kreis

Die **Transformationsprozesse** mit Blick auf die Themen Digitalisierung, Klimaneutralität und Nachhaltigkeit stellen die Unternehmen im Oberbergischen Kreis vor immense Herausforderungen. Unsere traditionell energieintensive Industrie sieht sich mit steigenden Energiepreisen und Versorgungsengpässen konfrontiert. Dies belastet nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sondern auch die Arbeitsplätze in unserer Region. Besonders schwerwiegend sind auch die jüngsten Entwicklungen bei **Volkswagen**. Die angekündigte Schließung von mehreren VW-Werken und der geplante Abbau von zehntausenden Arbeitsplätzen bedrohen auch Unternehmen im Oberbergischen Kreis, denn viele unserer Betriebe hängen an der Kette der Automobilindustrie.

Der akute **Fachkräftemangel** stellt eine weitere Hürde dar, die die ohnehin angespannte Situation verstärkt. Durch die Ausbildungsinitiative Oberberg und mit verschiedenen Programmen und Initiativen zum Übergang von der Schule in den Beruf arbeiten wir intensiv daran, junge Menschen an berufliche Perspektiven in der Region zu binden. Gemeinsam mit unseren Partnern, wie der IHK und der Handwerkerschaft sowie zahlreichen anderen Partnern beschreiten wir diesen schwierigen Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu sichern. Es ist auch unser gemeinsames Anliegen, **Innovationen** in der Region aktiv zu fördern. Der „Innovation Hub Bergisches RheinLand“ spielt hierbei eine Schlüsselrolle, indem er Unternehmen eine Plattform bietet, um zukunftsorientierte Ideen zu entwickeln. Auch Projekte wie die „Bergische Rohstoffschmiede“ auf unserem Innovationsstandort „metabolon“ zeigen, wie wichtig es ist, auf Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung zu setzen. Solche Projekte unterstützen nicht nur die Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsstrukturen, sondern stärken auch unsere

Zukunftsfähigkeit – eine Dringlichkeit, die angesichts der aktuellen Wirtschaftslage spürbar größer wird.

Als Kreis sehen wir es als unsere Aufgabe, den Unternehmen in dieser schwierigen Phase bestmöglich zu helfen. Damit dies gelingt, haben wir ein umfassendes verwaltungsinternes Konzept zur Unterstützung der Wirtschaft erarbeitet, um etwa bürokratische Hürden abzubauen und eine verstärkte **Netzwerkbildung** voranzutreiben. Als **zertifizierte mittelstandsorientierte Verwaltung** haben wir alle internen Prozesse auf Effizienz geprüft und eine *Kontaktstelle Wirtschaft* eingerichtet, die als zentrale Anlaufstelle für alle Unternehmensanfragen dient. Zusätzlich haben wir in der Bauaufsicht eine *Servicestelle Wirtschaft* etabliert, die gewerbliche Bauprojekte frühzeitig und umfassend berät, um Verfahren zu beschleunigen und Unternehmen schnell zu Ergebnissen zu führen. Dennoch müssen wir häufig auch feststellen, dass die Möglichkeiten auf Kreisebene in Anbetracht der Gesetzeslage und vieler Entscheidungen auf höheren Ebenen leider wesentlich begrenzt sind. Und doch ist es weiterhin mein Ziel, den Oberbergischen Kreis als attraktiven und wettbewerbsfähigen Standort zu festigen, der auch in Zeiten des Wandels erfolgreich bleibt.

(Kreisentwicklung)

Zum attraktiven Standort tragen auch unsere **Dörfer** bei. Der *Dorfservice Oberberg* unterstützt bereits zahlreiche Dorfgemeinschaften und dank des LEADER-Programms können wir zudem bis zu 31 Millionen Euro an Fördergeldern für innovative Projekte in unsere Regionen holen. Auch das **Strukturprogramm REGIONALE** trägt weiterhin erheblich zur regionalen Entwicklung bei. Von Mai 2025 bis Juni 2026 wird im Zuge des Präsentationszeitraums der REGIONALE 2025 zum einen der erreichte

Sachstand in den Projekten präsentiert und gleichzeitig auch ein Blick in die Zukunft geworfen. Schon jetzt entstehen zukunftsweisende Projekte zum Beispiel die Ertüchtigung von Schloss Hückeswagen, das Projekt „Innofaktur“ in Gummersbach oder das Projekt „Bergische Rohstoffschmiede“ auf metabolon. Insgesamt fließen nach jetzigem Stand Fördermittel von ca. 70 Mio. Euro in den Kreis.

(Baumaßnahmen – Zentralisierung der Verwaltung)

Gestatten Sie mir noch einen Blick auf unsere anstehenden Bauvorhaben. Der Oberbergische Kreis plant und realisiert kontinuierlich eine Vielzahl von Bauprojekten. Diese Vorhaben dienen stets dazu, dringende Aufgaben zu erfüllen, bestehende Bedarfe zu decken oder den Erhalt und die Modernisierung unserer Infrastruktur sicherzustellen. Zu dieser Infrastruktur zählen unter anderem unsere Verwaltungsgebäude, Berufskollegs, Förderschulen, Rettungswachen, Kultureinrichtungen und Kreisstraßen.

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage ist es erforderlich, unsere Bauprojekte kritisch zu prüfen und klar zu priorisieren. Im Fokus stehen dabei insbesondere Maßnahmen zur energetischen Sanierung und zur mittelfristigen Energieoptimierung sowie Vorhaben, die den Bestand erhalten und gesetzliche Verpflichtungen erfüllen. Notwendige Investitionen auf die lange Bank zu schieben, könnte langfristig die Substanzerhaltung gefährden und vor allem die Betriebskosten erheblich erhöhen.

Trotz der Herausforderungen schreiten wichtige Projekte weiter voran. So werden beispielsweise Bauvorhaben im Bereich der Rettungswachen, der Neubau des Straßenverkehrsamtes und Investitionen in unsere Schulen

fortgeführt. In diesem Jahr konnten wir in Lindlar bereits die erste von insgesamt 9 neuen **Rettungswachen** in Betrieb nehmen. Für fast alle weiteren Standorte sind nach intensiver Suche geeignete Grundstücke gesichert oder bereits erworben worden. Im Frühjahr 2025 wird der Umzug in die neuen Räumlichkeiten des **Straßenverkehrsamtes** erfolgen, wo auch die Verwaltung der OVAG ein neues Zuhause finden wird. Zudem bringt der Kauf einer Liegenschaft im Kreisgebiet die dringend benötigte Entlastung für die **Helen-Keller-Schule**, die sich um geistig und körperlich beeinträchtigte Kinder kümmert.

Eine weitere dringende Aufgabe sehe ich nach wie vor in der **Zentralisierung** der Kreisverwaltung hier in Gummersbach. Aktuell sind die Verwaltungsstellen auf über 80 Liegenschaften verteilt, oft in Gebäuden mit erheblichem Sanierungsbedarf. Diese heterogene und zersplitterte Struktur stellt den Kreis seit Jahren vor große Herausforderungen und kostet viel Geld. Die steigenden Energiekosten haben deutlich gezeigt, dass zentrale Gebäudestrukturen nicht nur effizienter genutzt werden können, sondern auch kostensparend sind. Zudem haben sich die Arbeitsweisen und Anforderungen an moderne Arbeitsplätze in den letzten Jahren erheblich gewandelt. Daher ist die Zentralisierung der Verwaltung für mich von höchster Priorität.

Gleichzeitig müssen wir jedoch die finanzielle Lage im Auge behalten. Die Zentralisierung an der Moltkestraße stellt langfristig die organisatorisch und wirtschaftlich sinnvollste Lösung dar. Aufgrund der angespannten Haushaltslage wird es jedoch erforderlich sein, zunächst nur die dringendsten Maßnahmen anzugehen. In einem ersten Abschnitt wird daher vorrangig die völlig unzureichende Unterbringung des Kreisjugendamtes verbessert.

(Personal)

Um die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft erfolgreich meistern zu können, benötigt unsere Kreisverwaltung neben den erforderlichen Räumlichkeiten auch eine ausreichende personelle Ausstattung. Ich bin mir dabei vollkommen bewusst, dass gerade dieser Bereich – konkret der Personalkostenetat und der Stellenplan – letztlich jedes Jahr, aber besonders in Zeiten wie diesen, unter kritischer Beobachtung steht. Dennoch dürfen wir nicht vergessen, dass es vor allem die Landkreise sind, die bei nahezu allen aktuellen Themen in irgendeiner Weise involviert und gefordert werden. Zusätzlich sehen wir uns mit einer zunehmenden Aufgabenverschiebung und -verdichtung konfrontiert. Auch gesetzliche Standardverschärfungen bei Pflichtaufgaben stellen besondere Anforderungen an unsere Bediensteten.

Es wird deutlich: Nur mit einer gut aufgestellten und ausreichend ausgestatteten Verwaltung können wir diesen stetig **wachsenden Herausforderungen** gerecht werden. Dennoch wollen wir grundsätzlich auf personelle Verstärkungen verzichten. Insofern sehen die Stellenplanentwürfe für die Jahre 2025-2026 lediglich 7 bzw. 6 Mehrstellen vor, die ganz überwiegend refinanziert sind.

Dabei handelt es sich um 5 Stellen für das **Gesundheitsamt**, die aus Mitteln des bereits erwähnten Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst refinanziert werden. Während und nach der Corona-Pandemie wurde mit der Einführung des Paktes entschieden, den öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken, zu modernisieren und zu digitalisieren. Die hierdurch aufkommenden Möglichkeiten wollen wir

weiterhin konsequent ausschöpfen und für die Dauer der Refinanzierung befristete Stellenbesetzungen vornehmen.

Daneben handelt es sich um eine überwiegend refinanzierte Stelle beim **Schulamt** sowie eine Dezernatsleitung, die allerdings lediglich verlagert wird und demnach in 2026 entfällt.

Die geplanten Haushaltsansätze basieren somit auf einem Stellenvolumen von 1.418 Stellen und berücksichtigen aktuelle bzw. erwartete Tarifabschlüsse sowie die derzeit bekannten Kostenerstattungen und den in Höhe von 2 % der Aufwendungen angesetzten globalen Minderaufwand.

Weitere Informationen zu den Veränderungen im Stellenplan können Sie den „Unterlagen zur Beratung der Stellenpläne 2025 und 2026“ entnehmen, die Ihnen heute ausgehändigt wurden.

An dieser Stelle möchte ich auch noch kurz auf die drängenden Herausforderungen des **Fachkräftemangels** eingehen, die auch die Verwaltung stark betreffen. Zwei unserer Maßnahmen werde ich im Folgenden kurz erläutern:

Um den Herausforderungen entgegenzuwirken, haben wir die Arbeitgebermarke „Mit uns wird's rund“ eingeführt. Diese Initiative zielt darauf ab, den Oberbergischen Kreis als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren und qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen sowie bestehendes Personal langfristig zu binden. Eine ansprechende Internetseite und ein einheitlicher Auftritt in Sozialen Medien und Print sind Teil der Kampagne und zeigen schon jetzt einen Mehrwert.

Ein weiterer zentraler Baustein ist das sogenannte „Potenzialmanagement“, unsere interne Nachwuchsführungskräfte-Schulung. Durch spezielle Schulungen und Weiterbildungsprogramme sollen interne Talente frühzeitig identifiziert und in ihrer Entwicklung unterstützt werden, um auch in Zukunft eine leistungsfähige Verwaltung sicherzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Kreishaushalt 2025-2026 spiegelt letztlich die vielfältigen Aufgaben und Themen wider, die die Kreisverwaltung als größter öffentlicher Leistungserbringer übernimmt.

Wir befinden uns in außerordentlich schwierigen Zeiten. Neue Sozialleistungen werden großzügig beschlossen, neue Aufgaben werden an die Kreise verteilt – und die finanziellen Lasten werden uns aufgebürdet. Das ist keine nachhaltige Politik, sondern führt die kommunalen Haushalte in den Ruin.

Aus diesem Grund ist **Konsolidierung** wichtig, um den Haushalt zu stabilisieren und die Verschuldung zu verringern bzw. zu verhindern. Parallel dazu müssen aber auch **Investitionen** in die Zukunft erfolgen, um den Kreis zukunftsfähig zu halten, zukünftige Kosten zu vermeiden und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Eine Balance zwischen Sparen und Investieren ist entscheidend, um kurzfristige finanzielle Engpässe zu bewältigen, ohne die langfristige Entwicklung zu gefährden.

An diesem Prozess werden die gesamte Verwaltung und ich weiterhin mit aller Energie weiterarbeiten. Im engen Verbund mit Ihnen wollen wir den Oberbergischen Kreis trotz aller Umstände weiter nach vorne bringen.

Abschließend danke ich Herrn Kreisdirektor und Kämmerer Klaus Grootens sowie den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei für die arbeitsintensive Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2025-2026. Auch den übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung gilt selbstverständlich mein besonderer Dank. Unter immer schwieriger werdenden Bedingungen und bei einer zunehmenden Belastung in allen Lebensbereichen leisten sie stets engagierte, gute Arbeit. Diese Leistungen zeigen einmal mehr: Die Bürgerinnen und Bürger Oberbergs können sich auf die Kreisverwaltung verlassen.

Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, wünsche ich erfolgreiche und in der Sache weitsichtige Haushaltsberatungen. Für die Vorstellung des Haushaltes in Ihren Fraktionen können Sie sich selbstverständlich gerne wie jedes Jahr an die Kämmerei wenden. Und auch Kreisdirektor Klaus Grootens steht Ihnen persönlich für weitergehende Erläuterungen und eine faire Diskussion in der Sache jederzeit gerne zur Verfügung.